

Potsdam, den 26. August 2011

Freie Schulen

vorsicht-frei-gestrichen.de

Freie Schulen erhalten!

AG FREIER SCHULEN BRANDENBURG Seestraße 1T 14548 Schwielowsee

**An die Oberbürgermeister,
Bürgermeister und Landräte
im Land Brandenburg**

Sehr geehrte [persönliche Anrede!]

die Landesregierung will unter dem Motto „Bildung bleibt Priorität“ bei Bildung massiv streichen. Und zwar insbesondere bei freien Schulen, die schon immer Kommunalhaushalte nachhaltig entlasteten und den Ansiedlungsanreiz auf dem Lande förderten. Schulschließungen bewirken weitere Abwanderung. Das wissen auch Kommunen als Schulträger nur zu gut.

Der Entwurf des Haushaltbegleitgesetzes sieht eine tiefgreifende Umstellung der Berechnung der Finanzhilfe vor. Dies führt für Schulen in freier Trägerschaft dazu, dass Kürzungen von bisher nie gekanntem Ausmaß eintreten sollen: Grund- und Oberschulen sollen beispielsweise über 20 % ihrer Einnahmen verlieren, Berufsfachschulen für Soziales 28 %, der Aufbaulehrgang Sonderpädagogik sogar 37 %. Dies soll in drei Stufen bis 2014 voll in Kraft treten. Eine solche Kürzung wäre in der Geschichte der ganzen Bundesrepublik einmalig.

Wir wissen, dass viele Kommunen ihre Schulen in freier Trägerschaft schätzen und auch als weichen Standortfaktor begreifen. Es dürfte für Sie nachvollziehbar sein, dass Einnahmeausfälle dieser Größenordnung für Schulen, die nach gemeinnützigen Prinzipien arbeiten, nicht durch Schulgelderhöhungen ausgleichbar sind, auch nicht durch Absenkung der Gehälter, so dass es zu einer schweren Existenzbedrohung kommt. Das Ministerium nimmt das billigend in Kauf: Im Vortrag zur Bekanntgabe des Referentenentwurfs am 28. Juni 2011 wurde einmal das Wort „Bereinigung“ in Zusammenhang mit der Schullandschaft genutzt. Dabei sind die Pläne der Landesregierung nicht einmal geeignet, das Land nachhaltig finanziell zu entlasten, wenn man den Haushalt der Kommunen nicht außer Betracht lässt. Das hat die Arbeitsgemeinschaft freier Schulen in einem ausführlichen Papier mit Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltbegleitgesetzes verdeutlicht (**herunterladbar bei www.vorsicht-frei-gestrichen.de**).

Wir appellieren zusammen mit der Evangelischen Landeskirche, den Schulstiftungen und dem Landesverband des Paritätischen an die Vertreter der Kommunen, der Landkreise und deren Verbände, sich auch deutlich gegen die Kürzungspläne der Landesregierung zu positionieren. Es kann nicht sein, dass das Land den Landeshaushalt auf Kosten der Bürger und der Kommunalhaushalte saniert.

Sehr geehrter [Herr/Frau OB / BM / Landrat], wir würden uns sehr auf einen Wortbeitrag von Ihnen auf unserer Demonstration vor dem Brandenburger Landtag am Vormittag des 31. August in Potsdam freuen, sowie auf Ihre Unterstützung der Volksinitiative „Schule in Freiheit“, die sich für Änderungen mit dem richtigen Vorzeichen einsetzt, indem Schulen in freier Trägerschaft gleichberechtigt finanziert werden und staatliche Schulen mehr organisatorische Selbstständigkeit erhalten sollen, unter dem Motto: Gemeinsam für gute Schule in Brandenburg!

Bildung ist keine Privatsache. Bildung sollte überall Priorität bleiben.

Mit besten Grüßen,



Volker Symalla,
Geschäftsführer, VDP Brandenburg



Christoph Schöder,
Vorsitzender, Arbeitsgemeinschaft
Freier Schulen



Jürgen Kraetzig,
Gesamtleiter Bildung und Schulen,
Hoffbauer gGmbH



Frank Olie,
Vorstandsvorsitzender, Schulstiftung der
Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-
schlesische Oberlausitz

AG FREIER SCHULEN BRANDENBURG

Seestraße 1t, 14548 Schwielowsee. Telefon (03 32 09) 20120. Telefax (03 32 09) 20121.
vorsitzender@freie-schulen-brandenburg.de

BITTE WENDEN ➔

Zur Situation

Die PNN hat am 15. August gut zusammen gefasst, welche verheerenden Konsequenzen die Landespolitik auf die Haushalte der Kommunen haben würde. Dort heißt es:

„Das Land Brandenburg will die Zuschüsse für freie Schulen senken. Ob aus ideologischen oder vernünftigen Gründen, sollte jeder selbst beurteilen. Doch die Auswirkungen auf die freien Schulen und schlussendlich die Eltern, Kinder und Kommune könnten schwerwiegend sein. Denn am Ende der Spirale von erhöhten Schulgeldern, weiterer sozialer Selektion und Elitenbildung – das kann nicht wirklich das Ziel sein – steht die Insolvenz des Schulbetreibers. Erst dann hat das Land erreicht, was es will: die Kinder wieder an den staatlichen Einrichtungen. Allerdings wird die Kommune daran schwer zu schlucken haben. Denn die Stadt Potsdam ist für den Bau und Unterhalt der Schulgebäude verantwortlich. Was so etwas kostet, spürt der Kämmerer derzeit an allen Ecken. Die nötigen Sanierungen belasten den Haushalt seit Jahren, allein der Campus Kurfürstenstraße kostet 20 Millionen Euro. Der Neubau einer Gesamtschule soll etwa 24 Millionen Euro kosten, der einer dreizügigen Grundschule liegt bei 16 Millionen Euro. Sollten die Potsdamer Schüler nicht mehr wie bisher die Schulen privater Träger besuchen, muss die Stadt neue Schulen errichten. Sollte das Land die Kürzungen nun beschließen, sollte es auch gleich einen Fonds auflegen, um für die Konsequenzen aufzukommen.“

Der Paritätische Landesverband Brandenburg äußerte sich „anlässlich der geplanten Kürzungen für freie Schulen in Brandenburg enttäuscht von der Kurzsichtigkeit der Landesregierung bei der geplanten Schulfinanzierung freier Schulen“ und stellte am

18. August fest:

- Das Land Brandenburg fördert mit den Plänen eine weitere soziale Selektion in Schulen im Land Brandenburg.
- Die geplanten Kürzungen behindern bürgerschaftliches Engagement engagierter Eltern und Schüler sowie verringern den Ausbau der Vielfalt in der Bildungslandschaft.
- Der Paritätische Brandenburg hält eine bevorzugte Finanzierung staatlicher Schulen für nicht vertretbar. (...) Der Paritätische ist davon überzeugt, dass ein Nebeneinander von gleichberechtigten staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft einen positiven Entwicklungsschub auslöst – nicht zuletzt auch durch die Erfahrungen im Bildungsbereich der Kindertagesbetreuung, wo ein Nebeneinander zu einer deutliche Qualitätssteigerung staatlicher und frei-gemeinnütziger Einrichtungen führte.

Diese Ziele werden auch in der laufenden Volksinitiative „Schule in Freiheit“ vertreten, die der Paritätische Landesverband zusammen mit OMNIBUS für direkte Demokratie und unserer Arbeitsgemeinschaft anstieß (www.schule-in-freiheit.de).